

# Flüchtlinge machen Politik

**Sondersessionen** Am 6. Juni tagt das erste Flüchtlingsparlament der Schweiz – zurzeit finden auch Wahlen für die Frauensession im Oktober statt. Was können solche alternativen Plattformen bewirken?



Das Flüchtlingsparlament will die Situation von Geflüchteten in der Schweiz verbessern: Asylsuchende in einer Unterkunft in Biasca. Foto: Francesca Agosta (Keystone)

**Salome Müller**

Ein Onlinetreffen an einem Abend im Mai, sechs Menschen erscheinen auf Zoom. Sie kommen aus Syrien, Eritrea, Afghanistan, sie alle sind in die Schweiz geflüchtet. An diesem Abend haben sie eine politische Mission: Als Mitglieder der Kommission «Abgewiesene Asylsuchende» besprechen sie, was sich für Personen ändern soll, die einen negativen Entscheid erhalten haben. Die Geflüchteten reden Hochdeutsch, hören einander aufmerksam zu. Einmal fragt jemand in die Runde: «Isch guet?» Die anderen antworten: «Isch guet.»

Roksan Kasem ist Vorsitzende der Kommission, sie leitet die Diskussion und schaut, dass alle zu Wort kommen. Sie sagt: «Die Abgewiesenen haben keine Rechte, sind von der Gesellschaft isoliert. Es ist, als würden sie seit Jahren eine Corona-Krise erleben.»

Kasem ist 33 Jahre alt und vor sechs Jahren mit ihrem Mann und den Zwillingen aus Syrien in die Schweiz geflohen. Sie weiss, was Isolation bedeutet: Zwei Jahre blieb sie in der Asylunterkunft, hatte kaum Kontakt mit anderen Menschen. Heute lebt die Familie im Kanton Zürich, alle besitzen eine B-Bewilligung.

Kasems Gruppe bereitet sich auf das erste Flüchtlingsparlament der Schweiz vor, es tagt am 6. Juni in der Dreifaltigkeitspfarre in Bern. Die Flüchtlings-session ist ein Projekt des «National Coalition Building Institute», der Verein kämpft gegen Rassismus und Vorurteile. Das Projekt

will, dass geflüchtete Menschen eine Stimme bekommen und sich politisch äussern können. Dass mit ihnen geredet wird statt über sie.

75 Geflüchtete aus 15 Ländern haben sich in den vergangenen Wochen virtuell in neun verschiedenen Kommissionen getroffen. Sie haben sich zu Themen wie «Bildung», «Psychische und medizinische Gesundheit», «Sichere Fluchtwege» oder «F-Status» beraten. Sie haben sich mit dem Schweizer Asylrecht beschäftigt und mithilfe von Experten Vorschläge formuliert, wie das Leben für Migrantinnen und Migranten besser werden könnte.

An der Flüchtlings-session wird jede Kommission bis zu drei Forderungen einbringen. Die Geflüchteten werden darüber beraten, Änderungsvorschläge machen und abstimmen, welche zehn Anliegen dem eidgenössischen Parlament übergeben werden sollen.

## Die Forderung: Eine Ausbildung machen dürfen

In diesen Tagen wird auch die Frauensession vorbereitet, die im Oktober im Bundeshaus stattfindet. Frauen aus allen Kantonen können sich bis zum 7. Juni für das Frauenparlament wählen lassen, mehr als 1400 kandidieren für einen der 246 Sitze. Die Gewählten werden in acht verschiedenen Kommissionen politische Anliegen ausarbeiten und ebenfalls dem eidgenössischen Parlament überreichen.

Die Frauensession ist ein Projekt von Alliance F, Anlass ist das

## «Wenn nur einer der zehn Vorschläge vom Parlament aufgenommen würde, wäre dies wahnsinnig.»

**Roksan Kasem**  
Geflüchtete aus Syrien

Jubiläum 50 Jahre Frauenstimmrecht. Sophie Achermann, Geschäftsführerin von Alliance F, sagt: «Wir schliessen an die erste Frauensession 1991 an und wollen aufzeigen, was sich noch verändern muss.»

Die Beteiligten stecken viel Zeit und Hoffnungen in ihre Arbeit. Aber was bringen solche alternativen Partizipationsformen? Können sie politisch tatsächlich etwas bewirken?

Daniel Kübler ist Politikwissenschaftler an der Universität Zürich und sagt, dass in den vergangenen 20 Jahren die Rolle der Parteien schwächer und das politische Engagement der Menschen individueller geworden sei. Daraus seien neue Partizipationsformen entstanden: «Betroffene machen Politik entgegen einer politischen Mehrheit.»

Kübler nennt als Beispiel die Jugendsession, die es in der Schweiz seit den 90er-Jahren gibt. Laut einem Bericht des Bundesrats hat die Jugendsession zwischen 1991 und 2015 beim Parlament 123 Petitionen eingereicht. Zehn davon wurden im Rahmen eines ordentlichen Geschäfts behandelt, vier in ein Postulat umgewandelt. Der politische Einfluss solcher Sessionen ist marginal.

Die Kommission «Abgewiesene Asylsuchende» einigt sich an der Zoom-Sitzung nach zwei Stunden Diskussion auf drei Forderungen. Eine lautet: «Abgewiesene Asylsuchende sollen das Recht haben, eine Lehre oder Ausbildung zu besuchen. Bei einem Negativentscheid sollen sie diese abschliessen können.»

Die Kommission begründet die Forderung damit, dass auch Menschen mit einem Negativentscheid das Recht hätten, etwas Sinnvolles zu machen. Sie schreibt: «Die Schweiz profitiert von der Arbeit von abgewiesenen Asylsuchenden.» Kehre die abgewiesene Person irgendwann zurück, leiste die Schweiz somit indirekte Entwicklungshilfe.

Die Geflüchteten fassen die Hoffnung auf ein besseres Leben in ein Argument, das die Nützlichkeit für die Schweizer Gesellschaft betont.

Politologin Kübler sagt, es sei wichtig, auf die Stimmen der Flüchtlinge zu hören. Die Sondersession werde aber kaum etwas an ihrer Lage in der Schweiz ändern. «Ihre Situation ist ja politisch so gewollt.»



Sophie Achermann (links), Roksan Kasem.

Die Frauensession hingegen hat laut Kübler mehr Potenzial. Frauen stellen die Mehrheit der Bevölkerung, seien stimm- und wahlberechtigt. Kübler sagt, Politik sei ein Wettbewerb der Ideen: «Wenn an der Frauensession neue Impulse entstehen, ist es gut möglich, dass sie vom Parlament aufgenommen werden.»

## Veränderung braucht Zeit und Ausdauer

Bei den Teilnehmenden können solche Sondersessionen zudem viel bewirken. Wie die Jugendsession dienen die Flüchtlings- und die Frauensession der politischen Bildung. Die Beteiligten spielen durch, wie die Institutionen funktionieren, lernen die Legislativtechniken kennen. Und bekommen ein neues Bewusstsein. Für die Frauen bedeutet es die Erkenntnis, dass der Einstieg in die Politik leichter ist als gedacht. Für die Geflüchteten bedeutet es ein Fundament, auf dem sie aufbauen können.

Marlene Gerber, Politologin und Co-Leiterin von Année Politique Suisse an der Universität Bern, sagt: «Das Flüchtlingsparlament schafft den Geflüchteten einen Zugang zum politischen

System.» Dies habe mehr als nur symbolische Bedeutung: Die Teilnehmenden vernetzen sich miteinander, bestärken sich gegenseitig über ein gemeinsames Anliegen, schaffen Sichtbarkeit für eine Gruppe, die in der öffentlichen Wahrnehmung nur am Rande existiert.

Roksan Kasem setzt grosse Hoffnung in diese Sichtbarkeit. Die Situation der Flüchtlinge sei versteckt. Die wenigsten Menschen würden wissen, wie es ihnen geht. «Mit dem Flüchtlingsparlament gibt es für die Geflüchteten zum ersten Mal eine offizielle Plattform.»

Kasem weiss, wie viel Zeit und Ausdauer es braucht, Ziele zu erreichen. Sie will sich seit fünf Jahren zur Sozialpädagogin ausbilden lassen, ist wegen fehlender finanzieller Möglichkeiten bisher aber gescheitert. Und auch die aktuelle Frauensession zeigt, wie langwierig manche Dinge sind: Die Anerkennung von Freiwilligen- und Familienarbeit war schon an der Frauensession 1991 traktandiert.

Kasem sagt: «Die Schweizer Frauen mussten Jahrzehnte kämpfen, damit ihre Stimme in der Politik überhaupt zählt. Sie haben nicht aufgegeben. Wir geben auch nicht auf.»

Wer wie Kasem in einem fremden Land eine neue Existenz aufbauen musste, definiert Erfolg wohl auch anders, ist zwangsläufig geduldiger und hartnäckiger. Kasem sagt: «Wenn nur einer der zehn Vorschläge vom Parlament aufgenommen würde, wäre dies wahnsinnig.»